

Jeder vierte Erwerbslose 'rutscht' sofort in den offenen Hartz-IV-Strafvollzug

Themen in dieser Ausgabe:

- doppelte Schisma ...!
- Ungleichheit ...!
- vorgegebener Weg ...!
- Die Treuhand ...!
- Arm und reich ...!
- Ordnungsgeld ...!
- Sozialstaat ...!
- KARL-MARX ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Albrecht von Lucke - Hartz IV: Das doppelte Schisma oder: Das stählerne Gehäuse der Angst	2
Soziale Ungleichheit in Amerika	2
Gegen den vorgegebenen Weg	2
Die Treuhand oder: Eine neue deutsche Teilung	2
Arm und reich in Deutschland mit Prof. Dr. Michael Hartmann	2
(Kein) Ordnungsgeld gegen Ostermarsch	3
Das Märchen vom Sozialstaat	3
PRO KARL-MARX-JAHR 2013	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

von Reinold Schramm (Zusammenfassung)

Wer heute arbeitslos wird, erhält immer seltener Leistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Ein Viertel der neuen Erwerbslosen landet inzwischen direkt im offenen Hartz-IV-Strafvollzug.

»Nur noch 30 Prozent der Arbeitslosen werden von der Arbeitslosenversicherung (SGB III) betreut. Die anderen 70 Prozent, und damit die große Mehrheit, sind dem Hartz IV-System (SGB II) zugeordnet und beziehen die bedürftigkeitsabhängige so genannte Grundsicherung für Arbeitsuchende. 825.000 Arbeitslosen (ohne Arbeitslose in Weiterbildung), die Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung erhalten, stehen 2,1 Millionen arbeitslose Hartz IV-Bezieher gegenüber.«



„Zweiklassensystem“ der Arbeitsmarktpolitik

Dieses System schafft Ungleichheiten für Erwerbstätige und Arbeitslose und sorgt für Abstiegsängste. »Mit den „Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, so versprach



die Politik, sollten Arbeitslose besser betreut werden – doch davon ist die „schöne neue Hartz IV-Welt“ weiter entfernt denn je. Stattdessen verdrängt das Hartz IV-System zunehmend das Versicherungssystem.« (- so u. a. im Hartz-IV-Vollzug auch keine Beiträge mehr für die Rentenversicherung - und zugleich auch eine Rutschbahn in die Altersarmut etc.)

Beitragszahler ohne Leistungsanspruch

»Viele Arbeitslose erhalten kein Arbeitslosengeld, da sie innerhalb der letzten zwei Jahre, der sogenannten Rahmenfrist, nicht mindestens zwölf Monate beitragspflichtig gearbeitet haben. Ursachen sind ein wachsender Niedriglohnssektor, ausufernde Befristungen und immer kürzere Beschäftigungszeiten. So kommen gerade prekär Beschäftigte, kurzfristig Erwerbstätige und Leiharbeitsbeschäftigte gar nicht erst in den Schutz der Versicherung. Denn ihnen

gelingt es nur selten, innerhalb der 24-monatigen Rahmenfrist einen Versicherungsschutz aufzubauen. Obwohl sie in der Regel Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, erhalten sie keine Leistungen. {...}

Zugleich ist die Höhe des Arbeitslosengeldes, derzeit sind es durchschnittlich 825 Euro im Monat, nicht immer bedarfsdeckend. Die Folge: rund zehn Prozent aller EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld sind ergänzend auf Hartz IV-Leistungen angewiesen, um den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familie zu decken.«

Seit Jahren schützt die Arbeitslosenversicherung immer weniger im Falle von Arbeitslosigkeit. Immer mehr Menschen fallen nach einem Erwerbsverlust in das Hartz-IV-System - und damit in den (noch) offenen Hartz-IV-Strafvollzug. (Vgl.) [Ein modifizierter Quellenauszug.]

Quelle: DGB - Bundesvorstand, 03.08.2012
Gefunden bei: scharf-links.de





Albrecht von Lucke – Hartz IV: Das doppelte Schisma oder: Das stählerne Gehäuse der Angst

Spätestens seit dem zehnten Jahrestag der „Hartz-Verkündung“ am 16. August 2002 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und VW-Personalchef Peter Hartz im Französischen Dom zu Berlin wird erregt über die Frage debattiert, ob die Agenda-Reformen dem Land eher ökonomische Stabilität oder soziale Spaltung beschert haben. Was dagegen viel zu wenig

beleuchtet wird, sind die psychologischen Auswirkungen, unter denen die Republik seit Einführung der Reformen leidet. Denn längst ist Hartz IV weit mehr als ein bloßes Gesetz. Die Chiffre Hartz IV – das bedeutet für Tausende Menschen ein radikales Gefühl der Verunsicherung ihrer Lebensläufe, die Sorge, von einem Tag auf den anderen ins Nichts zu stür-

zen und damit den sozialen Abstieg wie einen kalten Entzug zu erleben. Hartz IV steht damit für ein doppeltes, gesellschaftliches Schisma: das der Unterscheidung in Produktive und Unproduktive und das der politischen Linken in Agenda-Verteidiger und erbitterte Gegner.
Quelle: Gegenblende



Soziale Ungleichheit in Amerika

Das Einkommen des reichsten ein Prozent ist in den USA astronomisch gestiegen. Während des letzten Jahrzehnts hat die Einkommenskonzentration Ebenen erreicht, die seit mehr als 80 Jahren nicht mehr gesehen wurden. Im Jahr 2007 hielt das oberste 1 Prozent einen größeren Anteil des Einkommens als zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1928. Einkommen des oberen 1 Prozents

der US-Haushalte stiegen dramatisch im Jahr 2010, im ersten vollen Jahr nach dem offiziellen Ende der Rezession, zeigen kürzlich veröffentlichte Daten. Dagegen blieb das durchschnittliche Einkommen der unteren 90 Prozent der Haushalte auf dem niedrigsten Stand seit 1983. Laut der Piketty-Saez-Analyse, die aktualisiert unter dem Titel „Striking it Richer“ veröffentlicht wurde, gingen vom 2002 bis

2007 zwei Drittel der US-Gesamteinkommenserträge (um Inflation und Bevölkerungswachstum bereinigt) ans obere 1 Prozent der US-Haushalte. Im Jahr 2007 hielt das beste 1 Prozent einen größeren Anteil an Einkommen als zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1928.

VON: KATE RANDALL VIA DIE-EVIDENZ (ISLAMIC AWAKENING:)

Gegen den vorgegebenen Weg

Soziale Selektion beim Zugang zum Studium



Arbeiterkinder haben in Deutschland eine viel geringere Chance zu studieren als Kinder, deren Eltern Akademiker sind.

Stella Tauber ging es ebenfalls so. Sie machte zunächst eine Ausbildung; etwas anderes war nicht vorgesehen. Dann hatte sie den Traum, an eine

Universität zu gehen, kämpfte sich durch das Abendabitur, um am Ende doch zu scheitern. Ein Selbstporträt.
Quelle: Was bildet ihr uns ein?



Die Treuhand oder: Eine neue deutsche Teilung

Vor Kurzem bezeichnete Thilo Sarrazin – immer für eine Schlagzeile schlecht – die Abwicklung der DDR-Wirtschaft als eine Not-schlachtung, so, wie Schweine gekaut werden, die keiner mehr essen will. Im Allgemeinen ist wenig geläufig, dass der allseits bekannte Provokateur als Beamter dabei

eine wichtige Rolle spielte. Noch immer gehen die Meinungen über die Treuhand weit auseinander, bleibt vieles ungeklärt. War diese Anstalt das größte Schlachthaus Europas oder im Vergleich zu Polen oder Tschechien der bessere Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus? Warum brachte sie,

zuständig für 15000 Betriebe und vier Millionen Beschäftigte, also für die gesamte DDR-Wirtschaft, nur 34 Milliarden Euro ein? Weshalb mussten die Steuerzahler in Ost und West für einen Verlust von über 122 Milliarden aufkommen?
Quelle: Hintergrund

Arm und reich in Deutschland mit Prof. Dr. Michael



Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich im letzten Jahrzehnt in Deutschland so schnell vertieft wie in kaum einem anderen Industrieland. Inzwischen besitzt das oberste Promille der Bevölkerung fast ein Viertel des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte dagegen hat so gut wie nichts. Auf der

Seite verdienen Topmanager Millionen, auf der anderen haben wir einen Billiglohnsektor mit Stundenlöhnen von maximal sieben Euro. Dort arbeitet inzwischen jeder neunte Beschäftigte. Diese Entwicklung schlägt sich auch in den Wohnbedingungen und in der Gesundheit nieder. Arme sind häufiger krank

und sterben durchschnittlich zehn Jahre früher. Maßgeblich verantwortlich sind, so Michael Hartmann, politische Beschlüsse zur Besteuerung von hohem Vermögen und Einkommen sowie die Hartz-Gesetze.
Quelle: Tele-Akademie (Video)

(Kein) Ordnungsgeld gegen Ostermarsch

Am Dienstag, den 9. Oktober fand um 14.30 Uhr vor dem Amtsgericht Müllheim (Werderstr. 37, Saal 201) eine Verhandlung über ein Bußgeld statt, das gegen Ulrich Rodewald, Sprecher des Friedensrates Markgräflerland, anlässlich der Durchführung des Ostermarsches 2012 verhängt wurde. Seit über einem Jahrzehnt veranstaltet der Friedensrat Markgräflerland gemeinsam mit anderen friedenspolitisch engagierten Organisationen (Gewerkschaften, Friedensinitiativen) jährlich am Ostermontag einen Ostermarsch durch Müllheim. Auch der diesjährige Ostermarsch – an dem sich 300 Menschen

beteiligten – verlief wie in den Jahren zuvor ohne jeden Zwischenfall. So zumindest die Meinung der Teilnehmer, der Organisatoren und der lokalen Presse. Anderer Meinung war hingegen die Polizei. Sie zeigte bei der Ordnungsbehörde mehrere vermeintliche Auflagenverstöße an. Daraufhin erließ die Ordnungsbehörde gegen Ulrich Rodewald einen Bußgeldbescheid in Höhe von 100 € zuzüglich einer Gebühr von 23,50 € für angefallene Auslagen. Gegen dieses Bußgeldverfahren hat Ulrich Rodewald Einspruch erhoben und einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

Also: Kein Bußgeld gegen den Ostermarsch.

Im angesetzten Gerichtsverfahren legte Rechtsanwalt Udo Kauss die rechtliche Haltlosigkeit des Bußgeldbescheides dar; Ulrich Rodewald stellte inhaltlich die Haltlosigkeit der Vorhalte klar. Dem Richter blieb nichts anderes übrig, als das Verfahren einzustellen.

Ulrich Rodewald machte in seinem Dank an die Anwesenden im Gerichtssaal deutlich, dass es gälte und sich lohne, Einschränkung demokratischer Rechte nicht hinzunehmen, sondern ihnen entgegenzutreten. Er betonte, dass es vor allem die solidarischen Unterstützung aus den Bewegungen war, die zu der Einstellung des Verfahrens geführt hat. „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.“

Quelle: Markgräfler Friedensrat



Das Märchen vom Sozialstaat

Unter dem Deckmantel der Euro-Krise werden sozialstaatliche Kürzungen durchgedrückt. Doch das eine hat erstaunlich wenig mit dem anderen zu tun.

Schon über fünf Jahre dauert diese Krise an, und es gibt einige Mantras, die sich in dieser Zeit so tief im kollektiven Gedächtnis verankert haben, die so oft proklamiert und rezipiert worden sind, dass ohne sie kaum noch Politik zu machen ist.

Die Mär von der Verbindung zwischen Krise und Sozialstaat ist eines davon. Da wäre das berühmte Zitat von Guido Westerwelle aus dem Februar 2010: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern.“ Da wäre Philipp Rösler, der als Reaktion auf den Armuts- und Reichtumsbericht von Arbeitsministerin von der Leyen in diesem

Jahr verbreiten ließ, dass Sozialleistungen in Krisenzeiten nicht in immer mehr Belastungen für Besserverdienende münden dürften. Und da wäre, um den Blick etwas über die deutschen Grenzen hinaus zu weiten, der britische Premierminister David Cameron, der in einer Grundsatzrede zum Sozialstaat erklärt hat, „dass arbeitsfähige Menschen, also Menschen, die einer Beschäftigung nachgehen können und sich aber dagegen entscheiden, in diesem Land viel zu lange damit durchgekommen sind. Ihr könnt nicht weiterhin Sozialleistungen beanspruchen wie bisher!“

Ein wichtiger Teil der Auflagen an Griechenland, Spanien, oder Portugal ist es, genau dies zu erreichen. In Griechenland soll das Vermögen von Leistungsempfängern besser untersucht werden, was zwar aufrichtig und rechtschaffen klingt, aber nichts anderes bedeutet als Kürzungen durch die Hintertür, wenn

beispielsweise die Höhe und Dauer von Arbeitslosengeld zusammengestrichen werden, wenn der Mindestlohn um 22 Prozent gekürzt wird, wenn in den USA die Macht der Gewerkschaften auf Länderebene massiv beschnitten wird oder wenn, wie in Irland, die staatlichen Gesundheitsleistungen drastisch zurückgefahren werden. Das Argument ist immer das gleiche: Angesichts der drückenden Schuldenlast seien solche Ausgaben nicht mehr zeitgemäß. Zu lange hätten die Menschen in den betroffenen Ländern über ihrem Niveau gelebt, ohne dabei über die Nachhaltigkeit eines überbordenden Sozialstaats nachzudenken. Die heutigen Kürzungen seien weniger die Quittung als vielmehr ein Weckruf aus der Realität.

Quelle: The European



PRO KARL-MARX-JAHR 2013

„In unserer Zeit ist mehr denn je die Sicherung des Weltfriedens eingeschlossen in die welthistorische Mission der Arbeiterklasse.“

Karl Marx (* 5. Mai 1818 in Trier; † 14. März 1883 in London) war Philosoph, Nationalökonom, Gesellschaftstheoretiker, politischer Journalist, Protagonist der Arbeiterbewegung und Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft. Zusammen mit Friedrich Engels wurde er zum einflussreichsten Theoretiker des Sozialismus und Kommunismus. Bis heute werden seine Theorien kontrovers diskutiert. Er begründete zusammen mit Friedrich Engels den wissenschaftlichen Sozialismus, die wissen-

schaftliche Weltanschauung... begründete zusammen mit Friedrich Engels den dialektischen und historischen Materialismus, die politische Ökonomie der Arbeiterklasse und den wissenschaftlichen Sozialismus... revolutionierte damit das bisherige gesellschaftliche Denken... Eine der bedeutendsten Entdeckungen von Marx ist die materialistische Geschichtsauffassung...“

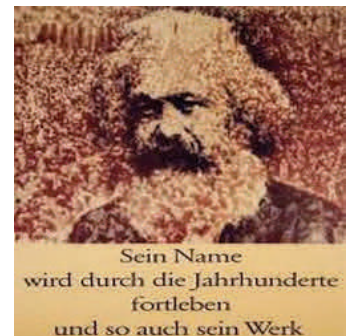
Karl Marx bewies als erster, daß es keine über den Klassen stehende neutrale gesellschaftliche Theorie und Ideologie geben kann. Die Ideen spiegeln stets die Interessen von Klassen wider und dienen dazu, diese Interessen durchzusetzen und zu verteidigen. Da die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat unversöhnlich sind, mußte die Theorie der Arbeiterklasse im Kampf gegen die

Ideologie der Bourgeoisie ausgearbeitet und weiterentwickelt werden.“

Karl Marx bewies, daß es zwischen Bourgeoisie und Proletariat keine Versöhnung geben kann. Damit erfuhr die historische Rolle der Arbeiterklasse ihre tiefste wissenschaftliche Begründung. Karl Marx forderte, daß die Arbeiterklasse „sich ihrer eigenen Verantwortlichkeit bewußt und imstande ist, Frieden zu gebieten (!), wo diejenigen, die ihre Herren sein wollen, Krieg schreien“. „Der Kampf für eine solche auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“

In unserer Zeit ist mehr denn je die Sicherung des Weltfriedens eingeschlossen in die welthistorische Mission der Arbeiterklasse.

Quelle: Ein Vorschlag der i.G. VEREINIGENDE KOMMUNISTISCHE PARTEI (VKP)



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Quelle: Klaus Stuttmann

Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Es wird Herbst, die Eisdielen hat geschlossen. Wir müssen für die Nachbereitung und die Tischgespräche eine andere Bleibe suchen.

Themen gibt es genug, über die diskutiert werden muss.

Der vierte Reichtum und Armutsbericht der Bundesregierung lässt durchschimmern, dass eine kleine verschwindende Schicht von Superreichen einen immer größeren Teil des gesellschaftlichen Reichtums besitzen. Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als die Hälfte des Volksvermögens.

Der anhaltenden Proteste in Spanien, Portugal und Griechenland,

wo die Menschen unter dem Druck des Sparens in die Armut getrieben werden.

Auch die Kämpfe der Bergleute aus Südafrika in Lonmin, die für eine Lohnerhöhung gestreikt haben, waren Thema der Montagsdemo. Die Ermordung von 34 Bergleuten und über hundert Verletzten brachte weitere



Belegschaften im Gold- und Platinbergbau in Kampfstimmung. Sie hatten es satt und wollten sich nicht weiter mit den miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen abfinden. Bis zu 60.000 schlossen sich einem selbstständig geführten Kampf an.

Um die Konzerne, welche die Rohstoffe zur Produktion brauchen, nicht zu beunruhigen, wurde das tatsächliche Ausmaß der Streiks herunter gespielt.

Die Energiekonzerne RWE, ExxonMobil, Gasprom oder Wintershall wollen die „Energie-wende“ nutzen, um die Strompreise in die Höhe zu treiben. Mit einer Millionen teuren Medikamentenkampagne soll der Bevölkerung, zur besten Sendezeit, eine „saubere Energie“ zur Sicherung der Zukunft von Morgen angepriesen werden.

Was davon zu halten ist, zeigt sich an der neuen Technologie des Grasfraking, welche international und seit ca. zwei Jah-

ren angewendet wird. Bei diesem Verfahren wird unter hohem Druck ein giftiges Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in tief liegende Gesteinsschichten gepresst. Diese werden aufgebrochen (gefackt) und dabei entweichen Erdgas, das zusammen mit dem Wasser und der Chemie wieder an die Oberfläche befördert wird.

Für die Energie- und Ölmultis ein hoch profitables Geschäft, für die Bevölkerung und die Umwelt eine hoch giftige Technologie, die jährlich in Deutschland mit 6 Mrd. Euro gefördert wird.

In den USA sind inzwischen ganze Landstriche verwüstet, das Trinkwasser vergiftet.

Tausende Anwohner wurden krank oder starben, viele Farmen wurden aufgegeben.

Auf zur Montagsdemo!

